

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 90 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mk., bei Selbstabholung 1 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk., für 1 Monat 1 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Fernsprecher: 13088.

Inserate kosten die 7gespaltene Pettizelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Plagvorschritt 25 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die Ententeantwort an Wilson überreicht.

Sturz des russischen Ministerpräsidenten Trepow.

Jahrestage des Weltkriegs.

11. Januar 1916. In Lilla liegt ein Munitionslager eines deutschen Pionierkorps in die Luft; gegen 100 Einwohner getötet, 50 verletzt. — Vordringen der Oesterreicher in Montenegro; der Sabjal, südwestlich Cetinae, genommen; die Höhen bei Grahorvatsch und Vrsane erklümt. — Okkupation der Insel Korfu durch französische Truppen. — Das englische Schlachtschiff King Edward VII. auf eine Mine gelaufen und gesunken.

Die neuesten Meldungen.

Die Antwort der Entente an Wilson.

Paris, 10. Januar. (Agence Havas.) Briand empfangt heute um 2.30 Uhr nachmittags den amerikanischen Vorkämpfer Sharp und überreicht ihm im Namen aller alliierten Regierungen die Antwort auf die am 10. 12. von Präsident Wilson den kriegsführenden Staaten gemachte Mitteilung. Briand überreicht Sharp gleichzeitig eine Note, durch die die belgische Regierung unter Feststellung ihrer völligen Zustimmung zu der gemeinsamen Antwort der Alliierten ihre Dankbarkeit gegen die amerikanische Regierung bezeugen möchte, für die von der amerikanischen Regierung der unglücklichen Bevölkerung des besetzten Belgiens geleisteten edelmütigen Dienste und für die lebhafteste Sympathie, die die amerikanische Nation bei jeder Gelegenheit Belgien auf Grund der eigenartigen Lage dieses Landes, das durch die Verletzung seiner Neutralität zum Krieg gezwungen worden sei, bezeugt hat. Baron Deens, der belgische Minister des Auswärtigen, war persönlich an Seite Briands bei dem Empfange Sharps zugegen. Die Antwort der alliierten Regierungen wird Freitag früh veröffentlicht werden, da die alliierten Regierungen die Sicherheit haben wollen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten auf diese Weise die Note persönlich zur Kenntnis nehmen kann, ehe eine Veröffentlichung durch die Presse erfolgt.

Griechenland und die Entente.

Genf, 11. Januar. Nach dem Petit Parisien hätte, falls der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Entente und Athen unvermeidlich wäre, Sarraïl bestimmte Welfungen, dem Willen der Schutzmächte militärischen Nachdruck zu verleihen und sich die Sicherheit der Führung anvertrauten Streitkräfte einschließlich der italienischen zu sorgen. (Vollst.-Anz.)

Kugano, 11. Januar. Agenzia Stefani bestätigt, daß dem neuen Ultimatum an Griechenland auch Italien zugestimmt habe, was bekanntlich unter dem Vorwand, daß es keine griechische Garantie begehrt sei, sich der Unterzeichnung der Note vom 11. Dezember enthalten habe. Es war von Anfang an zu erwarten, daß der zwischen Italien und seinen Verbündeten zutage getretene Zwiespalt in bezug auf die gegenüber Griechenland zu befolgende Politik mit dem Rückzuge endete. Immerhin hat es einer außerordentlichen Kraftanstrengung der Verbündeten und eines persönlichen Druckes der Pariser und Londoner Ententehäupter bedurft, um den Italienern nach ihrer Ansicht Verzicht abzubringen. (Vollst.-Anz.)

Versehen.

Bern, 10. Januar. In La Corunna sind an Bord eines norwegischen Dampfers 24 Seelen des versenkten französischen Dampfers Riphouse Confeil und 20 Mann des versenkten norwegischen Dampfers Orskholm eingetroffen.

Bern, 10. Januar. Temps erzählt, daß der spanische Dampfer Pel ayn auf der Fahrt von Barcelona nach England versenkt worden sei. — Zweiseln der Blätt zufolge sind in London die ersten überlebenden 20 Seelen des versenkten Linien Schiffes Gaulois eingetroffen. Sie sind in das Militärhospital gebracht worden.

Das Ergebnis der 5. österreichischen Kriegsanleihe.

Wien, 10. Januar. (W. Z. V.) Das Postsparkassenamt teilt mit: Die Zeichnungen auf die fünfte Kriegsanleihe sind heute geschlossen worden und haben nach den ersten Feststellungen eine Summe von 44128 Millionen Kronen ergeben. Die endgültigen Zeichnergebnisse können erst an einem späteren Zeitpunkt berechnet werden.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.

Die Reichstagsersatzwahl in Köln-Stadt.

II.

Es kam der 24. November, wo der geschäftsführende Ausschuss der Kölner Zentrumspartei beschloß, daß diese bereit sei, „unter bestimmten Umständen auf die Ausübung des vornehmsten Bürgerrechts zu verzichten“. Sie müsse „darauf bestehen, daß der künftige Vertreter der Stadt Köln allen Anforderungen der Kriegsnöwendigkeiten, soweit sie an den Reichstag herantreten, in vollem Umfang gerecht wird und besonders alle Kriegskreditforderungen der Reichsregierung positiv bewilligt“. Die Zentrumspartei betrachte es als ihre „heiligste Pflicht“, alles daran zu setzen, daß Köln nicht wieder durch einen Abgeordneten vertreten wird, welcher dem Vaterlande in der Stunde der Gefahr notwendige Mittel nicht bewilligt.

Und was sagte die Rheinische Zeitung, die sagte die Kölner Parteileitung zu dieser Zusage, daß sich der sozialdemokratische Kandidat in die Bewilligung aller ferneren Kriegskredite und allen Anforderungen der Kriegsnöwendigkeiten (was ist das?) fügen werde? Nichts! Die Rheinische Zeitung gab den Zentrumsbeschlüssen ohne die kleinste Bemerkung wieder, nicht einmal eine kurze Verwahrung gegen den von dem Zentrumblatt auf den Genossen Hosrichter verübten Angriff. Dafür verkündeten dann, als am 20. November die Aufstellung des Genossen Meerfeld als Kandidaten der Kölner Sozialdemokratie erfolgte, Wälder vom Schlag der Post, der Täglichen Rundschau, der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, daß mit dieser Kandidatur die Bedingungen der Kölner Zentrumspartei für die Wahrung des Burgfriedens erfüllt seien.

Auch darauf schloß die Zeitung der Kölner Sozialdemokratie, schweig die Rheinische Zeitung, schweig der Kandidat. Noch stand als endgültige Entscheidung über den burgfriedlichen Verlauf der Wahl die Bestätigung des vorhin genannten Beschlusses durch das Zentralwahlkomitee der Kölner Zentrumspartei aus, und es war bekannt, daß sich im Zentrum eine starke Strömung für eine regelrechte Wahl geltend machte. Drum Stille und fern in der Kölner Sozialdemokratie. Am 18. Dezember entschied sich das Kölner Zentrumswahlkomitee für den Burgfrieden. In seinem Beschlusse berief es sich auf die von dem geschäftsführenden Ausschuss am 24. November aufgestellte Bedingung (Bewilligung aller Kriegsnöwendigkeiten, insbesondere aller Kriegskredite). Dann hieß es:

Diese unerlässliche Bedingung der Zentrumspartei zur Aufrechterhaltung des Burgfriedens war der sozialdemokratischen Partei Köln bekannt, als sie am 20. November zur Aufstellung des Kandidaten schritt. Die Sozialdemokratie stellte als solchen den Kandidaten Meerfeld auf. Derselbe berechnete durch seine bisherige Haltung den Kriegsnöwendigkeiten gegenüber zu der Annahme, daß er die an den Reichstag herantretenden Anforderungen der Kriegsnöwendigkeiten positiv bewilligen wird.

Oder wird also der Kölner Sozialdemokratie unterstellt, daß sie die Auswählung des Kandidaten gemäß den Bedingungen des Zentrums getroffen habe. Dann wird dem Kandidaten angefahren, ohne Rücksicht auf den weiteren Verlauf der Dinge, ohne Rücksicht auf die militärische und politische Lage allem zugestimmen, was nach der Ansicht des Zentrums als Kriegsnöwendigkeit gilt. Weist die Kölner Parteileitung oder der Kandidat eine so unerhörte Unterstellung und eine solche Zusage mit der geeigneten Entschiedenheit zurück? Dem Zentrum gegenüber mit keinem Worte! Aber wozu hätten wir denn eine Minderheit in der Partei, wenn man auf ihr nicht seinen Zorn auslassen und ein Exempel der Prinzipienfestigkeit statuieren konnte! Einige Blätter der Minderheit hatten sich erlaubt, manches an dem Verhalten der Kölner Sozialdemokratie und ihres Kandidaten während der Wahl nicht richtig zu finden. Nicht gegenüber dem Zentrum, sondern „gegenüber den mehr oder minder freundschaftlichen Bemerkungen sozialdemokratischer Minderheitsblätter“ glaubt die Rheinische Zeitung (Nr. 201 vom 20. Dezember) folgendes feststellen zu müssen:

Die Aufstellung des Kandidaten für die Nachwahl ist ohne jede Rücksicht auf das Zentrum erfolgt. Meerfeld war bereits von den engeren Parteivorgesetzten nominiert, bevor man mit der Möglichkeit einer Wahlbeteiligung des Zentrums überhaupt rechnete. Ueberdies wäre es ganz selbstverständlich gewesen, daß man auf etwaige Bedingungen des Zentrums, die die Selbstständigkeit unserer Partei

angetastet und die Entscheidungsfreiheit des Kandidaten berührt hätten, niemals eingegangen wäre. Keine Partei, die Charakter hat, wird sich von einer anderen Partei bindende Vorschriften machen lassen.

Wieder einmal: Gut gebrüllt! Aber leider reichlich spät gebrüllt. Zunächst sei anerkannt, daß Genosse Meerfeld bereits vor dem Beschluß des Kölner Zentrumsausschusses als Kandidat in Aussicht genommen war. Er hat sich den Zentrumserfordernissen nicht angepaßt, da er sich nach seiner Stellung zu der „völligen Gemeinschaft“ und zu den „Kriegsnöwendigkeiten“ nicht anpassen brauchte. Aber damit ist die Frage nicht entschieden, ob er als Kandidat, ob die Kölner Parteileitung und das Kölner Parteiblatt so gehandelt haben, wie sie vom Standpunkt einer „Partei, die Charakter hat“, hätten handeln müssen. Es genügt nicht, Grundzüge zu haben; einen Sozialdemokraten gehört es sich, dem Bekenntnis zu diesen Grundzügen, wo sie von anderer Seite in Zweifel gezogen, wo an sie anmaßliche Zumutungen gestellt werden, entsprechende Ausdruck zu verleihen. Eine solche Zumutung erfolgte Anfangs November durch die Rheinische Zeitung. Das Blatt und die Leitung der Kölner Sozialdemokratie schwiegen, trotzdem weder Belagerungszustand noch Zensur sie an einer angemessenen Antwort hätten hindern können.

Die zweite Zumutung dieser Art erfolgte durch den Beschluß des geschäftsführenden Ausschusses der Kölner Zentrumspartei vom 24. November. Auch hier schwiegen Kandidat, Parteiblatt und Parteileitung. Sie schwiegen auch dem Zentrum gegenüber, als dessen Zentralwahlkomitee der Kölner Sozialdemokratie am 18. Dezember unterstellte, daß die Aufstellung des Kandidaten gemäß den Wünschen des Zentrums erfolgt sei. Nur den Minderheitsblättern glaubte die Rheinische Zeitung begreiflich machen zu müssen, was eine Partei, die Charakter hat, tun darf und tun soll. Und wenn sich das vielleicht nach der Absicht der Rheinischen Zeitung auch gegen das Zentrum richten soll, so bleibt dennoch die Tatsache bestehen, daß Kandidat, Parteiblatt und Parteileitung wiederholt geschwiegen haben, als der Kölner Sozialdemokratie von gegnerischer Seite entwürdigende Zumutungen und Unterstellungen gemacht wurden, daß sie geschwiegen haben, erst als für eine Partei, die Charakter hat, Pflicht war, zu reden. Als die burgfriedliche Wahl gescheitert war, fand die Rheinische Zeitung es angebracht, den Standpunkt der Partei zu wahren. Das Mandat ist auf diese Weise gerettet, das Ansehen der Kölner Partei hat Schaden gelitten. Und immer bleibt die beschämende Tatsache bestehen, daß das Kölner Zentrumblatt auf eine nationale liberale Annahmefähigkeit die würdigen Worte der Abwehr fand, während das Kölner Sozialistenblatt schwieg und nachmals schwieg und zum drittenmal schwieg, als seiner Partei entwürdigende Unterstellungen und Zumutungen gemacht wurden.

In dem zuletzt erwähnten Artikel der Rheinischen Zeitung heißt es dann noch: „In Köln hat eben die Mehrheitsrichtung die große Mehrheit der Parteigenossen hinter sich. Also war es von vornherein selbstverständlich, daß ein Mann ihrer Richtung als Kandidat aufgestellt wurde. Auch die andern neben Meerfeld in Frage kommenden Personen standen sämtlich auf dem Boden der Mehrheitspolitik.“ — Dazu wäre zunächst das eine zu sagen, daß es eine sehr gewagte Behauptung ist, die Kölner Mehrheitsrichtung habe die große Mehrheit der Parteigenossen hinter sich. Nein, vorläufig läßt sich nur sagen, daß sie die Mehrheit der gegenwärtig in Köln weilenden und sich um das Parteileben kümmernden Genossen hinter sich hat. Wie es mit der Mehrheit der Kölner Parteigenossen in ihrer Stellung zu den kriegspolitischen Fragen steht, wird sich zeigen, wenn die Genossen, soweit sie noch am Leben sind, wieder unter uns weilen und wenn sie sich über den Stand und den Gang der Dinge besser zu unterrichten vermögen, als es ihnen im Felde oder auf Grund der höchst einseitigen Darstellung ihres Parteiblattes möglich ist.

Neben Meerfeld waren unseres Wissens noch drei andre Genossen als Kandidaten in Vorschlag gebracht worden. Davon sieht einer auf Seiten der Minderheit, die beiden andern zählt die Rheinische Zeitung zu der von ihr vertretenen Richtung. Nach der Meinung des einen dieser beiden zu urteilen, muß die Mehrheitspolitik ein sehr weites politisches Gewissen haben. Denn dieser eine macht kein Hehl daraus, daß er stromer Annexionist und Befürworter der Reichsloslösung ist. Und er erhebt in der Vertrauensmännerprüfung, wo über den vorzuschlagenden Kandidaten beraten wurde, nächst Meerfeld die meisten Stimmen!